



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

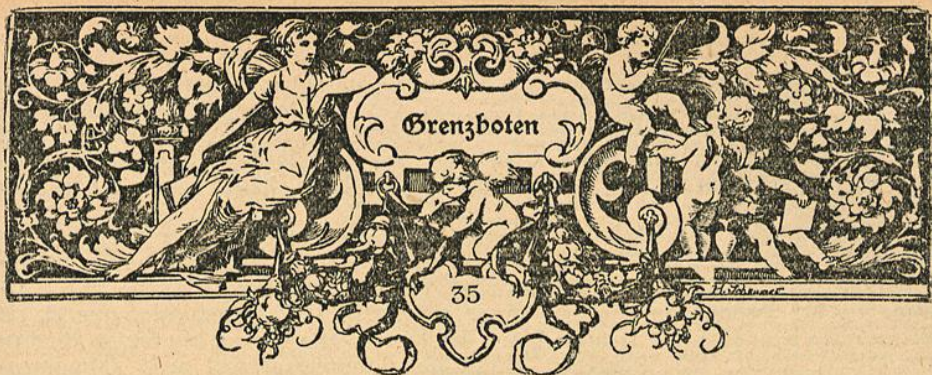
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Haertlein, Albert: Tatsachen und Wahrheiten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Tatsachen und Wahrheiten

Von Albert Haertlein, Bromberg

Den nachstehenden Aufsatz entnehmen wir den von den Vereinigten Deutschen Volksräten Posen und Westpreußens herausgegebenen „Deutschen Nachrichten“. Die Unzahl von Mißverständnissen und das mangelnde Verständnis, mit dem die Volksratsbewegung seit Monaten zu kämpfen hat, finden in dem Aufsatz eine so treffende Beleuchtung, daß wir ihn den Lesern der Grenzboten glauben nicht vorenthalten zu dürfen, trotz der Bedenken, die darin lagen, daß die Person des Herausgebers in dem Aufsatz stark in den Vordergrund tritt.



Der Deutsche zerstückt große Dinge, die ihm und seinem Volk eine Notwendigkeit bedeuten, durch seine naive Oberflächlichkeit in der Beurteilung von Personen und Sachen. Da seine politische Erziehung im engsten Parteirahmen stecken geblieben ist, heißt er alles gleich schlecht oder gut, wie es eben ihm von der Parteiseite eingeträufelt wurde. An die Stelle eines klaren, vernünftigen Urteils, das sich auf Beweise und Tatsachen stützen kann, tritt die kritiklos übernommene Parteimeinung, und wo allenfalls leise Zweifel und einige Überlegung auftauchen, da stellt ein Schlagwort zur rechten Zeit sich ein und schlägt den gesunden Menschenverstand tot. Und diese Schlagworte und verkehrten Urteile wälzen sich dann durch zahllose Reden und Leitartikel von Versammlung zu Versammlung, von Zeitung zu Zeitung, wie eine ewige Krankheit fort. Die Wahrheit, die doch so leicht zu erkennen wäre, wird in undurchdringlichen Nebel gehüllt, die Masse — gleichgültig, ob gebildet oder ungebildet — ist des Denkens überhoben, und die Tatsachen prüft nicht einer mehr. Das Ende aber ist unberechenbarer, nicht wieder gut zu machender Schaden für die Gesamtheit, für Volk und Vaterland. Durch seine Tüchtigkeit hat sich, der deutsche Kaufmann den Weltmarkt erobert, zu Hause aber herrscht kräflische Oberflächlichkeit in der Beurteilung des Wesens fremder Völker und Länder, die Gründlichkeit des deutschen Gelehrten schuf ein wahres Arsenal von Mitteln zur Kenntnis des Auslandes, die breite Masse und die politischen Führer folgten dem leichtfertigen Schlagwort. So spukte, um nur ein Beispiel anzuführen, Argentinien in den Köpfen der Masse als „exotisches Land der Revolution“, während es in Wirklichkeit eine Handelsgroßmacht ersten

Ranges ist und das Zeitalter der fortgesetzten Staatsumwälzungen längst hinter sich hat. Das blindgläubige Volk liebt, um nicht denken zu müssen, es urteilt nach überkommenen Meinungen, die von einer Interessentengruppe oder manchmal auch von Böswilligen und Ignoranten ausgehen. Steht dann zum Schluß das Volk vor geschehenem Unheil, dann klagt es an, dann schiebt einer die Schuld auf den anderen.

Wie schlecht, wie falsch die deutsche öffentliche Meinung über das Ausland unterrichtet war, ist nach dem Kriege erst allen bekannt geworden. Aber genau so schlecht und falsch wird die Öffentlichkeit über die wichtigsten Dinge und Vorgänge in der Heimat, im eigenen Lande informiert. Und auch hier nimmt die Menge alles leichtgläubig, kritiklos hin. Was ist nicht alles in den letzten Wochen über die Ostmark, die Deutschen Volksräte zusammengeredet und zusammengeschrieben worden! Dazu von den eigenen Volksgenossen, von Leuten und Blättern, die ernst genommen sein wollen. Von den politischen Dilettanten, die jetzt gerade Oberwasser haben und ihre entlehnte Weisheit zumeist in neugegründeten sozialistischen Blättern abladen, wollen wir gar nicht sprechen. Schnell findet das falsche Urteil Eingang in die Presse, und der bei uns schon zur Krankheit gewordene blinde Glaube an das gedruckte Wort sorgt dann dafür, daß landauf landab auf einen Irrtum, ja auf einen handgreiflichen Unsinn geschworen wird. Aus seinen Erfahrungen der letzten Jahre könnte jeder Hände schreiben. Uns berühren aber hier nur die irrigen, verkehrten und bis zum Widersinn verdrehten Auslassungen über die Ostmark, die Deutschen Volksräte und ihren Führer. Ist schon im Interesse der späteren Geschichtsschreibung die zeitige Aufdeckung der Wahrheit erforderlich, so wird sie im gegenwärtigen Augenblick zur unabweislichen Pflicht, da die aus Unverstand, Irrtum, Bosheit und Oberflächlichkeit geborenen falschen Darstellungen über die Vorgänge in der Ostmark anfangen, zum Schaden für das gesamte Deutschland in den an Polen abgetretenen Gebieten zu wirken. Freilich können im Rahmen dieses Aufsatzes nur die größten Irrtümer bloßgestellt, nur die eingefressenen Schlagworte in ihrer Hohlheit und Unwahrhaftigkeit aufgedeckt werden. Die wenigen Beispiele lassen aber mit Schrecken erkennen, wie wenig sich in schwerster Zeit ein Teil der deutschen Presse seiner hohen Verantwortung bewußt war.

I.

Die „Vossische Zeitung“ in Berlin, die sicher als ein ernst zu nehmendes Blatt gelten will, brachte kürzlich aus der Feder L. Sochaczewski einen Artikel über die „Tragödie des Ostens“, worin alle Märchen über die Gründung eines Oststaates, die hier am Viertisch erzählt wurden, als ernste politische Begebenheiten der aufhorchenden Welt vorgetragen wurden. In dem von Torheiten strotzenden Artikel befand sich auch folgende Stelle: „Wollte Batocki Ost- und Westpreußen zu einem gemeinsamen Staat zusammenfassen, so will ein zweiter Plan, für den anscheinend (!) der Geheimrat Kleinow in Bromberg und die Deutschen Volksräte die Verantwortung zu tragen bereit waren, den ganzen deutschen Osten bis zur Oder, mit Einschluß der gesamten Provinz Schlesien, zu einem neuen Reich einem deutschen Ostmarkenstaat vereinen, wie es scheint, am liebsten unter monarchischer Spitze; es wurde bereits die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg propagiert.“ Weiter schreibt Sochaczewski, Herr Wittmeyer habe in Danzig erklärt, „die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg sei nur von einem kleinen Teil ernst genommen worden“. Abgesehen von dem „anscheinend“ und „wie es scheint“, die schon eine völlige Unkenntnis der Dinge verraten, sind diese positiven Behauptungen in einer großen, auch im Ausland verbreiteten Zeitung eine beispiellose Ungeheuerlichkeit, denn in der Ostmark weiß tatsächlich jeder Mann, daß diese ganze Darstellung von A—Z aus den Fingern gesogen ist. Ich stellte wegen dieser nicht zu überbietenden Reichfertigkeit die „Vossische Zeitung“ in einem Briefe zur Rede. Und was antwortet ihre Redaktion zu ihrer Rechtfertigung? Sie schrieb mir folgendes: „Wir haben uns an den Verfasser

des Artikels gewandt und von ihm die Mitteilung erhalten, woraus hervorgeht, daß der Artikel auf Grund eines ebenso umfangreichen wie einwandfreien und sorgfältigst zusammengestellten Materials geschrieben war, nämlich auf Grund von mehr als hundert Ausschnitten durchweg ostdeutscher Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen, beispielsweise der „Hartungischen Zeitung“, der konservativen „Ostpreussischen Zeitung“, der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“, der „Danziger Zeitung“, des Graudenzers „Geselligen“ usw. Alle diese Zeitungsausschnitte waren neu, nämlich aus den Tagen vom 20. Juni bis 5. Juli. Die besonders angefochtene Behauptung von einer vorübergehend aufgestellten Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg findet sich aber keineswegs nur in den Zeitungen, sondern wurde vor allem ausdrücklich und widerspruchlos von dem in dem Aufsatz namentlich zitierten Ausschußmitglied der Deutschen Volksräte, Wittmeyer-Graudenz, in einer Danziger Unteroffizier-versammlung am 26. Juni aufrecht erhalten, über die die „Danziger Zeitung“ vom 27. Juni einen zwei Spalten langen Bericht gebracht hat. Danach hat Wittmeyer ausdrücklich zugegeben, der große Fehler der Volksräte sei gewesen, daß sie sich zuerst auf die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg hätten festlegen lassen und erst nachträglich sich auf ein demokratisches Regierungssystem für den geplanten Freistaat im Osten geeinigt hätten. Die Zusammenstellung des Materials ist ohne bestimmte Tendenz erfolgt; es sei denn, daß darin die Warnung vor Kreisen zum Ausdruck kommen sollte, die bei dieser Gelegenheit ihre gegenrevolutionären Pläne verwirklichen wollen. Im übrigen war lediglich die Absicht, über alle diese Dinge, die seit Wochen die ostdeutsche Presse füllen, über die in Berliner Zeitungen bisher nicht das mindeste bekannt geworden war, auch unsere Leser zu unterrichten.“

Also so werden die Leser einer großen Zeitung über die Tragödie der zwei Millionen aus dem Reiche ausgestoßen Deutschen „unterrichtet“! Soviel Teilnahme, soviel Verständnis brachte man im nahen Berlin dem bis zum letzten Augenblick treuen Volk der Ostmark entgegen, daß man seine Schreckenstage, in denen hier Tausende von Männern und Frauen in namenlosem Schmerz buchstäblich zusammenbrachen, aus „mehr als hundert Zeitungsausschnitten“ schildert und das ganze mit Phantasiebildern von Staatengründungen ausschmückt. Ein solches Verfahren ist wirklich unbegreiflich. Wäre eine solche Berichterstattung in einem anderen Lande, sagen wir z. B. in England, überhaupt möglich? Und es ist tatsächlich alles Phantasie, was in dieser Geschichte der „Tragödie des Ostens“ steht. Ich will es beweisen. Seit sieben Monaten kontrolliere ich die gesamte deutsche und polnische Presse des Ostens. In keiner einzigen Zeitung der Ostmark befindet sich eine Meldung oder ein Artikel „von dem neuen Reich bis zur Oder, am liebsten unter monarchischer Epize“, ein Plan, „für den Geheimrat Kleinow und die Deutschen Volksräte die Verantwortung zu tragen bereit waren.“ In keinem einzigen Blatt findet sich die Meldung, daß „bereits die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg propagiert wurde“. Die „Vossische Zeitung“ schrieb in ihrem Artikel, Herr Wittmeyer habe in Danzig allen Ernstes erklärt, „die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg sei nur von einem kleinen Teil ernst genommen worden“. Und in ihrem Briefe behauptet die Redaktion der „Vossischen Zeitung“ sogar, die „vorübergehend aufgestellte Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg findet sich keineswegs nur in den Zeitungen, sondern wurde widerspruchlos von Wittmeyer am 26. Juni in einer Versammlung aufrecht erhalten.“ Nach der „Danziger Zeitung“ vom 29. Juni habe W. ausdrücklich zugegeben, „der große Fehler der Volksräte sei gewesen, daß sie sich zuerst auf die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg hätten festlegen lassen“.

Vor mir liegt die angezogene Nummer der „Danziger Zeitung“. In diesem Bericht über Wittmeyers Rede heißt es aber wörtlich: „Der Fehler sei begangen, daß man die Volksräte nicht auf demokratischer Grundlage, sondern auf aristokratischer Basis organisiert habe. Das habe sich bitter gerächt. Man habe den Volksräten deshalb vorgeworfen, Förderer der Reaktion zu sein, und sie monar-

christlicher Putschversuche bezichtigt. Nur so hätte das Gerücht entstehen können, daß die Volksräte im Osten eine Monarchie mit dem Herzog von Mecklenburg an der Spitze errichten wollten.“ Also nach dem Hauptbeweismittel, das die „Vossische Zeitung“ beibringt, hat W. gerade das Gegenteil von dem gesagt, was die „Vossische Zeitung“ in ihrem Artikel und in ihrem Brief als geschichtliche Tatsache hinstellt. Zudem hat die „Danziger Zeitung“ eine Berichtigung Wittmeyers gebracht, in der es mit Bezug auf jene Stelle hieß:

„Ich habe ausgeführt: Wir sind bei der Ausführung unserer Bestrebungen vielerlei Angriffen ausgesetzt gewesen, trotzdem wir auf rein demokratischer Basis ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit usw. aufgebaut sind. Fehler kommen allerwärts vor, und wenn an einigen Stellen zuerst Volksräte auf aristokratischer Basis organisiert gewesen sind, so hat sich das bitter gerächt, denn trotzdem man diesen Fehler alsbald beseitigt hat, sind uns von nicht unte richteten Leuten reaktionäre, ja, sogar monarchistische Bestrebungen angedichtet worden.“

Es ist ja auch ganz klar, daß W. sich über die Organisation der Volksräte nicht so aussprechen konnte, wie die „Danziger Zeitung“ berichtet hatte, denn die wenigen Volksräte, die anfangs „von oben herab“ organisiert wurden, waren die an den Fingern einer Hand herzuzählenden Volksräte der sogenannten Danziger Richtung, die mit den auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebauten Volksräte „Bromberger Richtung“ gar nichts gemein hatten. Gerüchte, ja Gerüchte schwirrten in jenen schicksalschwangeren Tagen in Mengen umher, einige von ihnen wurden auch in der ostdeutschen Presse registriert. In den Volksräten war natürlich von all dem verworrenen Zeug keine Rede. Ich habe an allen vertraulichen und geheimen Sitzungen des Volksratsausschusses in Danzig und Bromberg teilgenommen, an die Bildung eines monarchischen Staates wurde da nicht einmal gedacht, geschweige denn darüber geredet. Das Gerücht vom Herzog von Mecklenburg wurde einmal von einem Ausschußmitgliede in eine Sitzung mitgebracht und fand die verdiente heitere Aufnahme. Diese fetten mecklenburgische Ente war aus den Spalten einer unabhängig-sozialistischen Zeitung aufgeplattert! Die Träger und Verbreiter der verschiedensten Gerüchte zum Schaden der ganzen Ostmark waren, auch das muß festgestellt werden, eine Anzahl Berliner Blätter, die sich durch ihre Korrespondenten in Thorn wiederholt die unglaublichsten Nachrichten aufstischen ließen. Diese „Thorner Berichterstattung“ bildet kein Ruhmesblatt für einen Teil der Berliner Presse.

Aus all dem Gesagten ist einwandfrei bewiesen, daß die Darstellung in dem Artikel der „Vossischen Zeitung“ in jedem Punkte unwahr ist; es ist eine leichtfertige „hingehauene“ Zeitungsausschnittarbeit eines Unverantwortlichen, der aus seiner Phantasie dazu gab, was die Ausschnitte nicht enthielten. Das Ostmarkdeutschum trug den Schaden. Wertvoll ist der Brief der „Vossischen Zeitung“, denn er hat die Aufklärung über das Warum gebracht. Sensationshascherei lag, wie man anzunehmen versucht war, dem Verfasser ferne, die Tendenz seines Artikels ging dahin, „die Warnung vor Kreisen zum Ausdruck zu bringen, die bei dieser Gelegenheit ihre gegenrevolutionären Pläne verwirklichen wollen.“ Ein offenes, treuherziges Geständnis: Furcht vor der Reaktion! Die „Vossische Zeitung“ genau wie jeder Unabhängige: „Anscheinend Geheimrat Cleinow und die Deutschen Volksräte“ und „wie es scheint am liebsten unter monarchischer Spitze.“ Sie wissen nichts, aber sie fürchten, sie behaupten, ohne zu untersuchen! Und noch eins: Große deutsche Blätter senden ihre Leute nach Prag und Finnland zum Studium der Verhältnisse an Ort und Stelle; an den Schauplatz jedes größeren Sportereignisses, zu jedem Sensationsprozeß eilen die „besonderen Berichterstatter“. Aber die große Tragödie des Ostens aber wird Deutschland und die Welt durch eine ungereimte, phantasiegewürzte Zusammenstoppelung „von mehr als hundert Zeitungsausschnitten“ unterrichtet. So stehen wir heute vor der beschämenden, aber wahren Tatsache: Das feindliche Ausland, Amerika und England, sandte seine Journalisten in die Ostmark, ihre Berichte schilderten wahrheitsgetreu in hellen, zutreffenden Farben den starken nationalen Willen des Ostmarkendeutschums;

wenn Schneidemühl deutsch blieb, darf es dafür nicht zuletzt den feindlichen Journalisten danken. Die deutsche Presse — — — Zeitungsausschnitte, Reaktion, Satatismus, Verdächtigung der Volksräte! Ich nenne gern einige rühmenswürdige Ausnahmen: „Berliner Tageblatt“, „Post“, „Tägliche Rundschau“.

Hier im Osten ein Volk in Not: Mit allen Fasern seines Herzens hängt es am Vaterlande, von dem es gewaltsam losgerissen werden soll; die Liebe zur Scholle, der nationale Wille erwacht, alles, was deutsch heißt, schließt sich zusammen ohne Unterschied von Rang und Stand; da Regierungsgewalt und Behördenorganismus versagen, baut sich der nationale Wille eine Organisation zum Schutze seines Deutschtums, eine festgefügte Einheit des Volkes, die Deutschen Volksräte. Gleichzeitig drüben im Reiche Auflösung der Volkseinheit, der völkische, politische und wirtschaftliche Zerfall. Hier gesunder Sinn und hochentwickeltes Gemeinheitsgefühl, dort im Reiche das Deutschtum zum ethnographischen Begriff herabgesunken! Fürwahr, das Reich konnte gar kein Verständnis mehr für den nationalen Willen des Ostens aufbringen: es zitterte ja vor diesem nationalen Willen, es sah in ihm nur die „Reaktion“. Und das führte den Osten in die große Tragödie.

II.

Die Regierung Scheidemann erkannte und schätzte den nationalen Willen der Ostmark und somit die Hauptträger dieses Willens, die Deutschen Volksräte, weil in den Tagen der Herrütung und Erschütterung des ganzen Reiches das gesunde Volkstum in der Ostmark der Regierung in inner- und außerpolitischer Hinsicht eine feste Stütze bot. Das übrige Deutschland aber konnte kein Verständnis aufbringen für die nationale Bewegung im Osten. Ebenso wie die linken Parteien den deutschen Gedanken im Osten verkannten, verkannten ihn auch die rechten, jene fürchteten irrtümlich, diese nährten unter falschen Voraussetzungen trügerische Hoffnungen und schädeten auch damit der immer kräftiger werdenden Volksratsbewegung. Aus der unbegründeten Furcht der einen und der unbegründeten Hoffnung der anderen entstand die oberflächliche, von Grund aus verkehrte Meinung, die Deutschen Volksräte seien Träger der Reaktion, ihre leitenden Kreise verfolgten — weil sie das Deutschtum im Osten dem Reiche erhalten wollten! — „hatatistische“ Ziele. Es ist das Unglück für das Deutschtum in der Ostmark, daß das eigene Vaterland in ihrer Stunde der höchsten Not nicht fähig war, die große Volksbewegung im Osten klar zu erkennen. Revolutionärer Stumpfsinn, platte Oberflächlichkeit und die deutsche Art, dem ödesten Schlagwort blind zu folgen, brachte es dahin, daß eine gesunde Bewegung, auf die jedes andere Land stolz gewesen wäre, als „alldeutsch“ bezeichnet, ihr Führer als „Satatist“ verschrieen werden konnte. So nur konnten Märchen entstehen, wie sie die „Bosische Zeitung“ aufsticht.

Selbst zur objektiven Erfassung der Dinge befähigte Männer wurden in den Strudel dieser verkehrten Auffassung gezogen. So hat Dr. Paul Michaelis vom „Berliner Tageblatt“, der Ende Juli in Bromberg weilte und sich tatsächlich mit großer Gewissenhaftigkeit unterrichtete, seinem Blatte berichtet: „Von deutscher Seite wurden die Volksräte ins Leben gerufen, um die eigenen Interessen tatkräftig zu vertreten. Sie haben zweifellos mit ehrlichem Willen den Versuch gemacht, zu retten, was überhaupt noch zu retten war, aber die Grundlage ihrer Operation war zu schmal. Im wesentlichen waren es doch die ehemaligen „hatatistischen“ Elemente, die hinter den Volksräten und ihrem geistigen Führer Georg Kleinow standen. Diese verdächtige Herkunft erschwerte den deutschen Volksräten von vornherein die praktische Arbeit und verhinderte besonders ein vertrauensvolles Zusammengehen mit den polnischen Volksräten. Vergebens versuchte man, das Deutschtum im Osten durch eine Verständigung mit den Polen zu retten.“ Und einige Zeilen später: „Die Volksräte haben jedenfalls die ersten Schritte zu einer praktischen Verständigung mit den Polen getan. In dieser Richtung wird es ihnen auch weiterhin nicht an Arbeit fehlen. Nur darf man auch die Gefahr nicht übersehen, die in ihrer Herkunft und Zusammensetzung liegt. Es muß verhindert werden, daß das Deutschtum im Osten mit der politischen Reaktion

gleichgestellt werden kann. Ein demokratischer Einschlag ist für die deutschen Volksräte unentbehrlich, wenn sie nützliche Arbeit für die deutsche Zukunft leisten wollen.“

Auch in diesem Urteil scheiterte der durchaus ehrliche Wille zur Wahrheit zu gelangen, an dem allgemeinen Vorurteil, auch aus diesen Worten blickt wieder die bekannte bleiche „Furcht vor der Reaktion“. Dabei wird unumwunden zugestanden, daß die Volksräte „die ersten Schritte zu einer praktischen Verständigung mit den Polen getan haben“. „Verdächtig“ waren die Volksräte nur den kleinen sozialdemokratischen Führern im Osten; und das ist durchaus verständlich, denn drüben im Reiche herrschen die revolutionären Tiraden, während hier im Osten sich mit elementarer Gewalt der nationale Gedanke ausbreitet, der von diesen Führern miterlebt, mitgeföhlt, aber dennoch bekämpft wird, weil sie den Zusammenhang mit der Revolution nicht verlieren wollen. Kein anderer deutscher Volksteil — ausgenommen einige jüdische Kreise, die sich als „neutral“ erklärten — hat die Zusammenarbeit mit den Deutschen Volksräten abgelehnt. Die Annahme von Dr. Michaelis, die „verdächtige Herkunft“ der Deutschen Volksräte habe ein vertrauensvolles Zusammengehen mit den polnischen Volksräten verhindert, bezeugt aufs neue, wie wenig man im Reiche von der Volksratsbewegung und dem Gang der Dinge in der Ostmark wirklich weiß. Solange bei den Polen die Erfüllung ihrer Wünsche in Versailles zu erwarten war, konnte man eigentlich auf eine Zusammenarbeit nicht ohne weiteres rechnen. Aber trotzdem wäre im Frühling 1919 eine Verständigung mit den Polen möglich gewesen, wenn — die damalige deutsche Regierung nicht eine so jammervolle Politik getrieben hätte. Sie drängte die Deutschen Volksräte von ihrem Verständigungswillen ab und schuf im ganzen Lande eine Kampfstimmung, die bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages bis zur Explosionsgefahr gediehen war. Wenn die Explosion nicht eintrat, wenn Bürgerkrieg und entsetzliches Unheil vermieden wurden, so war dies einzig und allein den Deutschen Volksräten und ihrem Führer Kleinow zu verdanken, der nach dem Verrat von Weimar — nach den heiligen Zusicherungen der Regierung Scheidemann kennt die Ostmark dafür kein anderes Wort — den Steuerhebel mit einem Ruck auf die andere Seite riß und nicht nur das undankbare schwere Werk der Beruhigung der aufgeregten deutschen Bevölkerung übernahm, sondern im gleichen Augenblick dem Gebot der Stunde folgte und sofort die Verhandlungen mit den Polen einleitete. Welchen Dienst damit die Deutschen Volksräte nicht allein der Ostmark — der deutschen und der polnischen Bevölkerung — sondern auch, ja vor allem der deutschen Regierung erwiesen haben, darüber ist bis jetzt vom Reiche überhaupt noch nicht nachgedacht worden. Das Reich schrieb „Hochverrat“, wo es eine Dankadresse an die Volksräte hätte richten müssen. Der Zusammenarbeit zwischen den deutschen und polnischen Volksräten stand keine „verdächtige Herkunft“ hinderlich im Wege, weil die „Herkunft“ niemanden hier verdächtig ist, außer den sozialdemokratischen Führern und etlichen Zeitungen im Reiche, die eben aus ihrer Parteizwangsjacke nicht heraus können und von ihren Wahnvorstellungen auch durch die Wucht der Tatsachen nicht geheilt werden konnten. Die Regierung und ihr überflüssiger Trabant in Danzig (Aktionsausschuß) ließen erklären, diese Verhandlungen von Volkerrat zu Volkerrat seien wertlos, mußten aber nach ihren eigenen letzten Verhandlungen mit den Polen am 23. Juli ein Protokoll unterzeichnen, in dem bekundet wird: „Es wird ausdrücklich nochmals festgestellt, daß in dem Aufrufe vom 30. Juni 1919 eine bindende Erklärung der polnischen Regierung zu erblicken ist.“ Diese bindende Erklärung aber gehört zum Erfolge der Deutschen Volksräte. Über diesen Aufruf hinaus haben die Regierungsverhandlungen in Danzig kein Ergebnis gehabt.

Hätten die Parteien und die Presse im Reiche, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, sich ernstlich mit dem Osten und seinen Volksräten befaßt, dann hätte bei einigermaßen ehrlicher Beurteilung niemals das Wort „Reaktion“, niemals das Wort „Safatist“ gegen die Volksräte und ihren Führer laut werden können.

Am 1. März 1918, wohlgemerkt 1918, als Deutschland auf dem Höhepunkt seiner militärischen Erfolge stand, zergliederte Kleinow in den „Grenzboten“ (1918, Heft 9) das Polenproblem für Deutschland. Er sprach klar das erkannte Ziel der Politik der Polen aus: „Freundschaft und Bündnis mit den Mächten der Entente gegen das Deutsche Reich“ und er forderte — trotz der damals selbstverständlichen Annahme des deutschen Sieges! — die Deutschen in der Ostmark sollten sich ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit zu Kultur- und Unterstützungsvereinen zusammenschließen. Er schrieb: „Wie dieser Zusammenschluß zu erfolgen hätte, mag heute unerörtert bleiben, ebenso wer ihn betreiben soll. Nur dies scheint mir schon erwähnenswert: es könnte sich nicht um einen Verein handeln, der seinen Sitz außerhalb der Ostmark hätte, und sich begnügte, Ortsgruppen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien einzurichten. Was mir vorschwebt, sind lokale Vereine, die, aus dem Bedürfnis des betreffenden Ortes hervorgegangen, Anschluß an ähnliche Organisationen in den Nachbarorten suchen und sich schließlich zu Kreis- und Provinzialverbänden zusammensfügen, die ihrerseits eine Art gemeinsamen deutschen Volksrat für die Ostmark zu bilden hätten! Sonstige Organisationen (Genossenschaft, gewerbliche und kulturelle Vereine) könnten den Ausgangspunkt schaffen zum Zusammenschluß der Deutschen.“ Aber alle diese Vereine hätten nur Aussicht auf Erfolge, wenn sie sich grundsätzlich der negativen Parole „Kampf gegen das Polentum“ entschlügen und dafür die Lösung wählten: „Förderung des Deutschtums“, Förderung wirtschaftlich, kulturell, aber im übrigen unpolitisch! Derart, daß auch jeder Beamte und Offizier, Pfarrer, Lehrer und Gewerbetreibende in die Organisation eintreten könnte. Kleinow fährt dann fort: „Eine solche Neubegründung der preußisch-deutschen Ostmarkenpolitik auf den Schultern des gesamten Deutschtums in den bedrohten Provinzen unter gleichzeitiger Aufhebung der Ausnahmebestimmungen sollte um so größere Aussicht auf Erfolg haben, je mehr die Demokratisierung des Wahlrechts das deutsche Element zum Zusammenschluß zwingt. . . . Was wir in der Ostmark vor allen Dingen brauchen, nach allen den Jahren des äußeren und inneren Kampfes ist friedliche innere Entwicklung.“ Hier ist der Volksratsgedanke für die Ostmark zum ersten Male in seinem ganzen Umfang ausgesprochen und dem Ganzen gleichzeitig Art, Richtung und Ziel gewiesen: Kein Kampf gegen das Polentum, unpolitischer (überparteilicher) Zusammenschluß, Förderung des Deutschtums und friedliche innere Entwicklung! Und den hier klar ausgesprochenen Gedanken hat Kleinow acht Monate später, als Deutschland zusammengebrochen war, die Revolution tobte und die Ostmark auf sich selber angewiesen vor ihrem Schicksal stand, in die Tat umgesetzt. Die Verständigung mit den Polen blieb auch unter ganz anderen Verhältnissen der Leitgedanke der Volksräte. Im Dezember 1918 veröffentlichte Kleinow als Leiter der Deutschen Vereinigung (Vereinigte Volksräte) einen Aufruf in einer Reihe von Zeitungen, in dem es heißt:

„Neben der Liebe zu den Volksgenossen soll in den Volksräten auch Achtung vor den Landsleuten polnischer Zunge gepflegt werden. Wir verdammen jede Art von Unterdrückungspolitik, wir gönnen die gleiche Freiheit den Polen, die wir für uns in Anspruch nehmen.“

In einem programmatischen Aufruf der Deutschen Vereinigung Bromberg im Dezember 1918 heißt es wörtlich:

„Wir erstreben ein friedliches Zusammenleben der Nationalitäten in der Wirtschaft, um nach den unfäglichen Opfern und Leiden des Krieges und der Revolution allen unseren Landsleuten die Segnungen des Friedens in weitestem Ausmaße zuteil werden zu lassen. Dazu gehört aber in erster Linie gegenseitige Achtung, und Achtung kann nur derjenige in Anspruch nehmen, der stark genug ist, sich zu behaupten. Die Achtung der Polen vor dem Deutschtum ist infolge der jämmerlichen Haltung der alten und Unmenschenheit der neuen Regierung gründlich in die Brüche gegangen. Sie gilt es, durch die Volksgesamtheit wieder herzustellen. Das ist die Voraussetzung für alles übrige. Ebenso wie die Polen sich durch ihre nationale Einmütigkeit in mehr als hundertjährigem Kampfe

unsere Achtung erkämpft haben, so müssen wir, um die Achtung der Polen zu gewinnen, einig sein in der Verteidigung unserer nationalen Rechte und in der Wahrnehmung unserer nationalen Pflichten."

Immer wieder wird als vornehmster Grundsatz „Friedliches Zusammenleben der Nationalitäten, Verständigung mit den Polen, Verteidigung unserer nationalen Rechte" verkündet. Versteht man darunter Kafatismus oder Reaktion? Selbst als die berüchtigte Demarkationslinie gezogen ist, der Kriegslärm vor der deutsch-polnischen Front in die Mauern Brombergs schallt und traurige Nachrichten über die Behandlung der Deutschen von jenseits der Demarkationslinie hierher dringen, werden die Richtlinien der Deutschen Volksräte mit der unveränderten Parole veröffentlicht. Und daneben gehen zahllose Reden, in denen der Führer der Volksräte immer wieder mahnt: Verteidigung unserer nationalen Rechte, aber keinen Kampf gegen das Polentum! Getragen wurde diese Politik von der klaren Einsicht in die Tatsache, daß in der Ostmark die Deutschen und Polen so nebeneinander und durcheinander wohnen, daß beide Nationalitäten immer aufeinander angewiesen bleiben, mag das Schicksal der Provinzen sich so oder so gestalten. In der Marienburger Tagung der Deutschen Volksräte am 28. Mai findet der Verständigungsgedanke seinen Höhepunkt, ein Appell ergeht an sämtliche Bewohner des Ostens ohne Unterschied der Muttersprache „für einen deutsch-polnischen Ausgleich" im Rahmen eines großen freien Rechtsstaates, der die Gleichberechtigung der Nationalitäten unbedingt wahr". Es ist heute zwecklos darüber zu sprechen, was die Reichsregierung auf dieses Ausgleichsfundament, das ihr die Deutschen Volksräte darbieten, hätte bauen können, wenn ihre Politik ein Ziel gehabt hätte. Bei verständigem Zugreifen wäre die Entwicklung der Dinge in der Ostmark zum mindesten einen für die Deutschen nicht so tragischen Weg gegangen.

Das Schicksal der Deutschen der Ostmark liegt nun in der Hand der Polen. Wenn vom Reiche aus immer wieder mit den gedankenlosen Schlagworten „Kafatismus", „Reaktion" usw. gegen die Deutschen Volksräte gearbeitet wird, dann ist das nichts anderes, als ein verständnisloser Kampf gegen die Brüder, die „man nicht vergessen will", bedeutet das nichts anderes, als den aus dem Reiche ausgestoßenen Deutschen in den Rücken fallen.

So demokratisch wie die Organisation der Volksräte im Osten sind nicht einmal die demokratischen Parteiorganisationen des Reiches. Nicht von Parteikonventikeln werden die Vertreter der Volksräte aufgestellt und als zu Wählende dem Volke dekretiert, sondern diese Volksratsvertreter werden vom Volke ohne irgendeinen Zwang gewählt; jeder Vertreter ist den Wählern bekannt, die gewählten Ortsvertreter wählen ihre Obmänner, diese bilden den Kreisvolksrat und wählen den Tüchtigsten aus ihnen zum Kreisobmann. Wenn die Sozialdemokraten nur in geringer Zahl in den Volksräten vertreten sind, so ist das lediglich der Gegenagitation der sozialdemokratischen Führer und der sozialdemokratischen Presse zuzuschreiben, die einerseits eine Einbuße an ihrer führenden Stellung befürchten, andererseits richtig erkennen, daß das gesunde volkstümliche und demokratische Programm der Volksräte wie ihre positive soziale Arbeit viele sozialdemokratischen Mitläufer zur Überlegung zwingen wird. Jetzt, da im ganzen Lande die deutschen mit den polnischen Volksräten verhandeln und gemeinsam arbeiten, beklagen sich bereits sozialdemokratische Kreise, daß sie von dieser Arbeit ausgeschlossen sind. Mit Recht hat ihnen in einem Kreise der Obmann des Volksrats öffentlich erklärt, die Sozialdemokraten seien nicht nur zu der Volksratsgründung, sondern auch zu den Wahlen aufgefordert worden, sie hätten aber abgelehnt. Nach dem Übergang der Ostmark in polnische Hände werden die Sozialdemokraten ihr schweres Versäumnis noch mehr erkennen.

Wie der Führer der Deutschen Volksräte sich zu den Sozialdemokraten stellt — nicht erst seit den Tagen der Revolution —, das lassen am deutlichsten nachstehende Zeilen erkennen, die G. Kleinow im Schlußheft (52) des Jahrgangs 1911 der Grenzboten schrieb:

„Das Jahr 1911 neigt sich seinem Ende zu. Es war kein frohes Jahr und endet mit einem Mißklang. Das Jahr hinterläßt uns eine Reihe von

wichtigen Problemen, deren Lösung dringend und dringender wird. Das bedeutendste, es ist dasselbe, das auch vor hundert Jahren vor dem preussischen Staate stand, damals zwar spät, aber nicht zu spät von Stein, Hardenberg und Humboldt gelöst: die Wiederherstellung des verloren gegangenen Zusammenhanges zwischen den einzelnen Schichten und Klassen des Volks. Noch spricht die allgemeine Stimmung gegen die Aussöhnung der bestehenden Gegensätze. Die Drachensaaf des Klassenhasses, die Marx gesät und Bebel durch mehr als vierzig Jahre gehegt, ist nun auch beim Bürgertum aufgegangen und läßt es blind gegen die Mehrheit unserer Volksgenossen wüten. Ein Trost bleibt uns indessen, wenn wir beobachten dürfen, wie die Zahl derer wächst, die, ohne die Schädlichkeit der heutigen Sozialdemokratie zu verkennen, es wagen, öffentlich zu bekennen: wenn auch Sozialdemokrat, so doch in erster Linie unser Volksgenosse! Nach dem Grafen Posadowski der konservative Landgerichtsrat Wilson in Erfurt, der sich nach unwidersprochen gebliebenen Zeitungsberichten gegen die Kandidatur Sagemanns aussprach, wegen dessen Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Mögen ihrer noch mehrere werden, dann werden auch wie vor hundert Jahren die Männer aus unserer Mitte emporsteigen, die den Problemen der Gegenwart gerecht zu werden vermögen. Hierin liegt unsere Hoffnung für die Zukunft und für ein besseres 1912.“

Nach Feststellung dieser Tatsachen und Wahrheiten dürfte gedankenlosen Geschichtenträgern und den Parteipublizisten des Reichs, so verständnislos sie auch sonst den Verhältnissen der abgetretenen Ostmark gegenüberstehen mögen, der Boden für ihre Angriffe gegen die Deutschen Volksräte und ihren Führer entzogen sein.

III.

Als im Jahre 1912 die panslawistische Bewegung auf ihren Höhepunkt gelangt, ihre Wellen bis in die deutsche Ostmark schlug, erlitten die kleinen Zeitungsverleger hier durch den Verlust polnischer Leser eine fühlbare, kaum erträgliche Einbuße an ihrem Einkommen. Sie wandten sich oft, aber vergebens nach Deutschland um Hilfe. Einer dieser Zeitungsverleger schrieb damals: „Diese Schädigung empfinden wir um so nachhaltiger, als die schwere Stellung, die ganze Kraft, die man einsetzt, deutscherseits nicht genügend gewürdigt wird. Die deutsche Phrase ist keine Handlung!“ Die Klage des Zeitungsverlegers könnten die Deutschen des Ostens heute wiederholen, nur mit weit mehr Berechtigung. Die deutsche Phrase ist keine Handlung! Alle Mittel hätte Deutschland aufwenden müssen, den Volksräten im Osten zu helfen, ihre Tätigkeit zu fördern. Das Gegenteil geschieht. Dem Manne, der mit weitausschauendem Blick die soziale und nationale Not des Ostmarkdeutschtums rechtzeitig erkannte und im rechten Augenblick zur „Handlung“ schritt und die Kräfte des Deutschtums sammelte, versuchen heute deutsche Kreise im Reiche in seiner Arbeit zu schwächen. Sie geben jetzt, nachdem die Arbeit getan ist, wo nach unendlichen Mühen ein geschlossenes Deutschtum durch diesen Mann erreicht ist, die Parole aus: Cleinow ist nicht geeignet zur Führerschaft, er ist „belastet“ durch seine Polenpolitik. Die rechte Antwort wurde den dunklen Quertreibern bereits erteilt, gerechterweise von einem polnischen Blatt. „Dziennik Bydgoski“ fragt, wer denn von den deutschen Politikern nicht belastet sei. Man finde keinen. Cleinow habe wenigstens das Verdienst für sich, im Augenblick der höchsten Erregung, nachdem die Würfel gefallen waren, durch seinen Einfluß die Beruhigung der Bevölkerung herbeigeführt zu haben. Und das müssen sich Deutsche von einer polnischen Zeitung sagen lassen! Auch dieser Vorwurf ist nur der oberflächlichen, unkritischen und parteipolitisch beschränkten deutschen Betrachtungsweise entsprungen. Gewiß, Cleinow vertrat in der Polenpolitik entschlossen den deutschen Standpunkt, die Interessen der deutschen Bevölkerung. Und im Rahmen der Weltpolitik hielt er die Maßnahmen für gut und notwendig, die für die Politik des Deutschen Reiches erprießlich waren. Sein Verhältnis zu den Polen aber kennzeichnet ein Artikel Cleinows, der in den „Grenzböten“ vom 30. Juni 1914 zu finden ist. Seine Ausführungen dort sind so grundlegend, so charakteristisch für die Beurteilung

seiner Ostmarkenpolitik, daß ich diesen Artikel in seinem wesentlichen Teil hier wörtlich einschalten muß. Er lautet:

„Die Polen sind sich der allmählich eingetretenen Veränderung ihrer politischen Lage zwischen den Nachbarn voll bewußt: sie wissen, daß das polnische Problem sich von Grund auf gewandelt hat und schöpfen daraus die Hoffnungen für ihre nationale Zukunft. Das polnische Problem ist ein national-soziales Problem geworden — sozial, weil die Zukunft der polnischen Nation in immer stärkerem Maße auf der Tüchtigkeit ihrer arbeitenden Klassen, obwohl sozialistisch organisiert, nicht dem internationalen Kosmopolitismus verfallen sind.

Angeachtet solcher Tatsachen erscheint es mir verhängnisvoll, den Kampf um die Ostmark noch weiter nur mit solchen Mitteln zu führen, die sich ausschließlich gegen oder an die preußischen Polen wenden, Mittel, die ihre Begründung zum Teil im Haß oder in der Liebe, also in Gefühlswerten suchen.

Wie ich in diesen Heften schon im Sommer 1908 ausführte, haben die Verhältnisse in der Ostmark den in nationaler Hinsicht so prekären Zustand bekommen durch unsere wirtschaftliche Entwicklung, durch dieselbe wirtschaftliche Entwicklung, die wie ich zeigte, auch auf unser Verhältnis zu Rußland von tief einschneidendem Einfluß sein kann. Es sind nicht die Polen, die die günstigen Vorbedingungen für ihre wirtschaftliche und politische Erstärkung geschaffen haben, sondern wir. Wenn die Polen sie nach Kräften für ihre eigenen Ziele ausnutzen, so ist es unpraktisch, sie dafür zu schelten, praktisch aber, den Hauptnutzen unserer Arbeit auch uns zuzuführen. Zum Haß gegen unsere Polen liegt kein rechter Anlaß vor. Es scheint mir daher nur logisch, wenn auch die Ostmarkenfrage lediglich von praktisch wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, und nicht von gefühlsmäßigen behandelt wird. Unsere wirtschaftliche Entwicklung beruht, abgesehen von unseren Fähigkeiten, auf der gesunden Basis, die uns ein von Ausnahmegesetzen freier Rechtsstaat gegeben hat. Wo wir diese Basis verließen, haben wir in nationaler Beziehung die schwersten Einbußen erlitten: Kulturkampfgesetze, Sozialistengesetz. Ein Einbruch in die Rechtsicherheit der preußischen Staatsbürger bedeutet das Enteignungsgesetz mit jener chauvinistisch-nationalen Begründung, die es durch den Fürsten Bülow erhalten hat. Ich habe mich seinerzeit sehr energisch gegen die Einführung des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, leider aber von Petersburg aus nicht die Möglichkeit gehabt, die Veröffentlichung meiner Argumente in den Grenzboten durchzusetzen. Die Tatsache, daß die Regierung sich seiner nicht bedient, zeigt, daß es zum mindesten überflüssig ist; die Ansiedlungskommission bekommt tatsächlich das Land, dessen sie bedarf, im freihändigen Verkauf nicht teurer, wie auf dem Wege der Enteignung. Als nationales Kampfmittel hätte das Gesetz einen praktischen Nutzen nur dann bringen können, wenn damit die systematische Vertreibung der Polen von ihrer Scholle verbunden worden wäre. Daran aber denkt, wie schon hervorgehoben wurde, kein verständiger Mensch in Preußen schon allein aus dem einen Grunde, weil wir die polnischen Arbeitskräfte nötig haben. Als soziales Kampfmittel gegen den Bodenwucher wäre das Gesetz verständlich und vielleicht sogar praktisch gewesen, wenn es als Reichsgesetz für das ganze Deutsche Reich Geltung bekommen hätte. Aber auch als soziales Kampfmittel halte ich es für eine zweischneidige Waffe, die die Grundlagen des bürgerlichen Staates in Frage stellen würde, — es sei denn, daß man darauf ausginge, das gesamte Landareal im Reich zu verstaatlichen, mit dem Zweck, es überhaupt aus dem Handel zu ziehen und durch großzügige innere Kolonisation der Nation eine breite, im Heimatboden wurzelnde Bauernschicht zu geben.

Sind wir wirklich so weit, dann gäbe es meines Erachtens weniger gefährliche Maßnahmen, wie die Enteignung. Monopolisierung des Handels mit Grund und Boden durch den Staat, die Einführung von Preistabellen für den Boden in Stadt und Land, Vorkaufsrecht zu bestimmtem Preise wären auch Mittel, um die ländlichen Schichten zu verstärken, wirksam, ohne doch so tief in die Willensfreiheit der besitzenden Schichten einzugreifen, wie das Enteignungsgesetz es tut.

Damit komme ich zu konkreten Vorschlägen: an Stelle des Schlagwortes Ostmarkenpolitik sollte die Parole fortan ausschließlich heißen: innere Kolonisation,

was wieder zur praktischen Folge haben müßte: Aufhebung des Enteignungs-
gesetzes, als eines unnötigen, die Politik erschwerenden Ballastes; Vereinigung
aller heute schon der inneren Kolonisation dienenden Organisationen mit Einfluß
der Ansiedlungskommission, unter ein technisches Ministerium für innere Kolonisation,
zunächst in Preußen. Gestützt auf die breite soziale Basis und geschützt durch
unantastbare Rechtsgrundsätze würden wir ganz andere moralische und materielle
Hilfsmittel zur Festigung des deutschen Volkes an unserer Ostgrenze gewinnen,
wie heute, wo wir den Wallungen eines nationalen Chauvinismus preisgegeben
sind, der sich morgen ebenso gegen jeden deutschen Bürger wenden kann, wie er sich
heute gegen die Polen richtet. Keine staatliche Macht ist unsicherer begründet, als die,
deren Regierung sich den wechselnden Gefühlsmomenten der Masse hingibt, gleichgültig,
ob die Motive dabei edel oder unedel, patriotisch oder unpatriotisch sind.“

Wo ist der Ostmarkenpolitiker, der eine geringere „Belastung“ aufzuweisen hat?

* * *

Aus den vorgeführten Tatsachen ergibt sich klar, daß die Anklagen, falschen
Urteile und Verdächtigungen, die gegen die Deutschen Volksräte laut geworden
sind, lediglich aus einer recht oberflächlichen Betrachtungsweise oder parteipolitischen
Zerstückelung entspringen. Leider hat das Ostmarkendeutschtum dadurch in
mancherlei Hinsicht schweren Schaden erlitten. In der letzten Zeit erheben sich
nun gegen die Deutschen Volksräte und ihre Führung Vorwürfe neuer Art. Im
Reiche ist man an einigen Stellen verstimmt über die veröhnliche Haltung der
Volksräte, über ihre Politik des Ausgleiches zwischen den beiden Nationalitäten.
Gewisse Kreise in unserer nächsten Nachbarschaft und im Reiche fordern von den
Volksräten eine aggressive Irredentapolitik. Durch die Versicherung der Volksräte,
daß die Deutschen hier sich loyal dem polnischen Staatswesen einfügen und am
Aufbau des polnischen Staates mitwirken wollen, werde — so sagen jene Kreise —
das Deutschtum in der Ostmark seinem Untergang zugeführt. Dieser Vorwurf,
der von Leuten kommt, die weit vom Schuß sitzen, steht auf derselben Stufe
wie die anderen Anklagen, er ist nur viel gefährlicher. Wer ohne intime Kenntnis
der Verhältnisse und ohne eine Verantwortung zu tragen, jetzt solche Gedanken
in die Ostmark schießt, handelt gewissenlos am hiesigen Deutschtum. Schweren
Herzens haben sich die Ostmarkendeutschen mit ihrem tragischen Geschick abgefunden;
sie mußten sich mit den Tatsachen abfinden, weil ihnen nichts anderes übrig
blieb. Jetzt eine aggressive Irredentapolitik zu treiben, das wäre nicht allein der
wirtschaftliche Selbstmord für die Deutschen unter Polen, das wäre die völlige
Vernichtung des Deutschtums im abgetretenen Gebiet. In ihrem eigenen Interesse
wollen die Deutschen hier am Aufbau des unfertigen polnischen Staates mit-
wirken und gerade zur Erhaltung ihres Deutschtums wollen sie loyale Bürger
des polnischen Staates werden. Die Entente kann trotz ihrer reichen Mittel dem
neuen Polenstaate nicht ein Hundertstel dessen bieten, was die Millionen Deutscher
für die Festigung des polnischen Staates zu leisten vermögen, wenn sie ein
Interesse an diesem Staate haben. Ein Interesse an seiner Entwicklung aber
haben sie nur dann, wenn Polen, dessen staatliche Konsolidierung heute schon den
schwersten Gefahren ausgesetzt ist, das Deutschtum in keiner Weise in seinen
nationalen und kulturellen Rechten schmälert. Also: Do, ut des.

Die Voraussetzung dafür, daß das Deutschtum hier erhalten bleibt, liegt
aber zunächst nicht beim polnischen Staat, sondern bei den Ostmarkendeutschen
selbst und bei den Volksgenossen im Reiche. Die Geschlossenheit und Einigkeit
des gesamten Deutschtums im abgetretenen Gebiet ist das erste und einzige Er-
fordernis für seine nationale Selbstbehauptung in Polen. Diese Geschlossenheit
wird aber nie erreicht, sondern gestört, wenn politische Kreise, Parteien und
Presse im Reiche in zerstückelnder Weise auf das hiesige Deutschtum einwirken
sich so verhalten, wie ich es hier gezeigt habe. Daraus mögen alle diese Stellen
im Reiche ihre schwere Verantwortung gegenüber dem Deutschtum unter Polen
erkennen und danach handeln.